

Gesine Folyanty-Jost: *Ökonomie und Ökologie in Japan. Politik zwischen Wachstum und Umweltschutz*

Opladen 1995: Leske und Budrich, 239 S.

Schon wieder ein Buch über die bereits vielgepriesene japanische Umweltschutzpolitik? Ist das denn noch nötig? Ja! Gesine Folyanty-Jost, Professorin für Politik und Gesellschaft Japans an der Universität Halle-Wittenberg, hat ein wichtiges Buch geschrieben. Wichtig deshalb, weil mit einer gegenwärtig noch vorherrschenden zu einfachen Sicht der Dinge aufgeräumt wird.

Die meisten denken bezüglich der japanischen Umweltpolitik insbesondere an die Erfolge in der Luftreinhaltungspolitik. Die Schwefeldioxidemissionen gingen zwischen 1970 und 1989 beispielsweise um über 80 Prozent zurück, im Falle von Stickoxid immerhin - trotz wirtschaftlichen Wachstums und zunehmendem Verkehrs - um gut 20 Prozent. Innerhalb der OECD hat Japan damit die niedrigste Emissionsmenge pro Kopf und Wertschöpfungseinheit erreicht (S.52 f.). Folyanty-Jost belegt in ihrer Studie jedoch, daß diese Erfolge in zweierlei Hinsicht beschränkt sind. Erstens betreffen sie (nur) Kategorien, in denen der Mensch ganz direkt und offenkundig geschädigt wurde. Und zweitens kam der entsprechenden staatlichen Politik nur für einige Jahre die Rolle einer wirklich einflußreichen Initialzündung in Richtung eines ressourcenschonenden Strukturwandels zu, nämlich zwischen den beiden Ölkrisen, d.h. von ca. 1974 bis 1979. Ab etwa 1978, so die Autorin, ließ das umwelt- und energiepolitische Engagement des Staates spürbar nach. Der Zeitraum 1978-1987 ist durch eine Verselbständigung des industriellen Strukturwandels von der Politik gekennzeichnet, in der sich die Entkoppelung von wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcenverbrauch zwar fortsetzt, aber nicht auf der Basis einer besonderen staatlichen Politik. In den Jahren des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs in der zweiten Hälfte der 80er Jahre konnten die positiven Effekte des autonomen Strukturwandels auf dieser Basis den Wachstumseffekt nicht mehr kompensieren, d.h. die Umwelt- bzw. Ressourcenbelastung nahm teilweise zu, etwa hinsichtlich Schwefeldioxid-, Kohlendioxid- und Stickoxidemissionen, auch wenn Japan immer noch im OECD-Vergleich sehr gute Werte aufweist. Immerhin kann dann die Zeit ab etwa 1988 wieder als Beginn eines konzentrierten Aufbruchs zu neuen Umwelt- und Ressourcenschutzinitiativen aufgefaßt werden, wobei insbesondere auch auf die globalen Bezüge abgehoben wird. Eine aktiv lenkende Rolle beansprucht der Staat dabei allerdings für sich nicht mehr; es geht ihm um die Kontrolle gesellschaftlichen Handelns.

Das erste große Verdienst der Studie von Folyanty-Jost besteht darin, die Phasenunterschiede in der japanischen Umweltpolitik seit den 70er Jahren sehr differenziert herausgearbeitet zu haben. Dies geschieht einmal über eine intensive Verfolgung der Schadstoffemissionen und der dahinter stehenden Ressourcenverbräuche, dabei insbesondere Strom, Fläche, Wasser, Materialeinsatz und Müllaufkommen. Gearbeitet wird dabei mit detailreichen Zeitreihen, oft nach Sektoren bzw. Branchen differenziert, wobei immer auch die Frage nach einer möglichen "Entkoppelung" vom Wirtschaftswachstum interessiert. Zum anderen wird die Politik in ihrer zeitlichen Abfolge genauer betrachtet, wobei Umweltpolitik i.e.S., Industriepolitik als

möglicherweise ökologische Strukturpolitik sowie Energiepolitik unterschieden werden.

Das zweite Verdienst der Studie besteht in nachdenkenswertem Überlegungen zum Stellenwert staatlicher Wirtschaftspolitik - hier einer ökologischen Strukturpolitik. Nur zu leicht ging man bisher meist davon aus, daß die japanischen Umweltpolitik die große Bedeutung belegen, die staatliche Politikvorgaben in Japan besitzen - und bei uns, so oft der Tenor, besitzen könnten. Tatsächlich kann mehr oder weniger überzeugend nachgewiesen werden (was Foljanty-Jost in ihrem ersten Kapitel auch unternimmt), daß der japanische Staat die entsprechenden Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche aktive Politik erfüllt, nämlich hinsichtlich seiner Strategiefähigkeit, Integrationsfähigkeit, Steuerungsfähigkeit und Innovationskapazität. Im Lichte der oben diskutierten neueren Entwicklungen ist es jedoch offenbar durchaus offen, inwieweit die "guten Voraussetzungen" auch aktiviert werden.

Foljanty-Jost setzt sich von daher in den abschließenden Kapiteln ihrer Arbeit mit der Frage auseinander, warum sich der Staat Ende der 70er Jahre aus seiner aktiven Rolle zurückzog und warum seit Ende der 80er Jahre ein neuerliches Engagement zu beobachten ist, dieses Mal freilich nicht mehr unter dem Vorzeichen einer staatlichen Leitrolle. Im wesentlichen besteht die These der Autorin darin, daß (auch) in Japan eine aktive staatliche Politik nur dann stattfindet, wenn entsprechende gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegeben sind. Dargestellt am Fall der japanischen Umweltpolitik der 70er Jahre waren dies erstens ein starker Handlungsdruck, vorhanden aufgrund der katastrophalen Umwelt- und Gesundheitsschädigungen sowie der Ressourcenverwertung, zweitens ausbalancierte Machtverhältnisse zwischen Staat und Wirtschaft sowie drittens das Ausbleiben starker Zielkonflikte, gegeben aufgrund der Tatsache, daß die umwelt- und ressourcenschonenden Maßnahmen damals nicht im Gegensatz zum Beschäftigungsproblem und zu wirtschaftlicher Prosperität standen. Als der Handlungsdruck Ende der 70er Jahre nachließ, zog sich der Staat zurück. Daß sich der Staat mit dem Wiederaufleben alter bzw. dem Aufkommen neuer Probleme in Form der globalen Dimension der Umweltdebatte auf den Anspruch "nur" koordinierter Tätigkeit beschränkte, ist auf die gestärkte Machtposition der Privatwirtschaft zurückzuführen. Immerhin seien in diesem Rahmen, so die Autorin, in Japan aufgrund der hohen Innovationskapazität Strukturen geschaffen worden, die im Bedarfsfall rasch "zum Tragen kommen werden, wenn die Umweltverträglichkeit von Waren über den Absatz auf dem Weltmarkt entscheidet" (S. 209).

Ob diese Konstellation freilich alle, zum Teil sehr tiefgründigen Probleme einer Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie lösen kann, läßt die Autorin offen (S. 213). Etwas enttäuschenderweise, unternimmt sie nicht einmal den Versuch, dieser Frage die ihr gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Inwieweit stellt die institutionelle Problemlösungsstruktur in Japan beispielsweise einen angemessenen - oder im Vergleich zu anderen Ländern besseren - Response auf schwierige Entscheidungen in der Energiepolitik dar, deren Auswirkungen über viele Generationen reichen und zum Teil unkorrigierbar sind? Der wirtschaftlich interessierte Leser vermißt auch nähere Auskünfte dazu, wie MITI und Umweltamt, um nur die zwei wichtigsten staatlichen Stellen zu nennen, ihre zum Teil konträren Aussagen

zum Verhältnis Ökologie und Ökonomie analytisch stützen. Auf welchen Grundlagen beruht beispielsweise die Rechnung des Umweltamtes von 1994, nach der bis 2010 "durch steigende Umweltschutzinvestitionen positive Effekte auch für die Beschäftigung und die gesamte Umweltschutzinvestitionen positive Effekte auch für die Beschäftigung und die gesamte Industrieproduktion zu erwarten sind" (S. 167)? Umgekehrt findet man in der Studie jedoch auch einige "Kleinode", die über das engere Thema hinaus von Interesse sind. So liest man u. a. eine fundierte Diskussion über das staatliche Beiratswesen.

Insgesamt ist Foljanty-Josts *Ökonomie und Ökologie in Japan* eine wichtige Ergänzung der Japanliteratur, die eine hierzulande notwendige und überfällige Neuinterpretation der japanischen Umweltpolitik auslösen kann - und sollte.

Werner Pascha

Gesine Foljanty-Jost (Hrsg.): Japan im Umbruch - auf dem Weg zum „normalen“ Staat?

München: Iudicum Verlag 1996, 186 S.

Diskussionen über gesellschaftlichen Wandel haben in Japan seit einiger Zeit Hochkonjunktur. Diese kontroverse und breite Diskussion wollen die Autoren vorstellen und stellen zugleich die Frage, ob es zu einer Konvergenz mit dem Westen kommt. Der Untertitel des Sammelbandes zitiert das Konzept des Politikers Ichiro Ozawa, für den ein „normaler Staat“ durch eine Anpassung an westliche Normen erreicht wird.

Die neun Beiträge, Referate eines Symposiums in Halle-Wittenberg im November 1994, kommen nicht zu einem einheitlichen Ergebnis, ob sich Japan tatsächlich in einer erneuten Verwestlichungsphase befindet. In Teilbereichen wird die Frage bejaht, meist aber mit deutlichen Einschränkungen versehen. Die Einschränkungen werden jedoch nicht a priori als Defizit oder Schwäche auf der japanischen Seite formuliert. Vielmehr werden häufig deutliche Zweifel an der vermeintlichen Überlegenheit der westlichen Normen geäußert und statt dessen ausdrücklich Elemente des japanischen Systems als sinnvoll und äußerst effizient dargestellt.

So beispielsweise von Volker Schubert, für den die Gruppenorientierung in der Schule ein funktionierender Modus ist, mit dem die Folgen eines individualisierten Wettbewerbs bewältigt werden. Oder von Gesine Foljanty-Jost, die die Abschaffung der informellen Vernetzungen in der Politik für unwahrscheinlich hält, weil diese einfach sehr effizient sind.

Werner Pascha untersucht das japanische Wirtschaftssystem anhand der vielzitierten Schlagworte „Deregulierung“ und „Marktöffnung“ sowohl wirtschaftstheoretisch und empirisch als auch anhand der politischen Realität. Sein Fazit lautet, daß beide Mittel als Motor für eine „Normalisierung“ des japanischen Wirtschaftssystems wirken können, wobei allerdings die weitere Deregulierung durch politische Interessen gehemmt wird und zudem ein vollständiger Wandel gar nicht wünschenswert wäre. Ein Systemwandel findet somit nur sehr langsam statt. Peter Metzler rezipiert vornehmlich verschiedene japanische Positionen und konstatiert dabei eine Kluft zwischen den theoretischen Erkenntnissen der Wissenschaftler, die eine Umstellung